



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

11. September 2020

Wochenbericht KW 37

forsa | Kantar

Wähleranteile:	Union bei 36 %, SPD bei 17 % bzw. 16 % Grüne bei 18 %, AfD bei 10 % bzw. 9 %
Regierungszufriedenheit:	Zwei Drittel bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum, bei der gerechten Verteilung der Steuerlast und in der Pflege gesehen
Allgemeine Lebenslage:	Hälfte der Bevölkerung sieht Entwicklung im Land positiv 9 von 10 Bürgern sind mit der Lebensqualität in Deutschland zufrieden
Thema der Bundesregierung:	Coronavirus
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar ¹ für BamS
CDU/CSU	36 (-)	36 (-)
SPD	16 (-)	17 (-)
FDP	5 (-)	6 (-)
DIE LINKE	9 (+2)	8 (+1)
B'90/Grüne	18 (-1)	18 (-)
AfD	9 (-)	10 (-1)
Sonstige	7 (-1)	5 (-)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.	03.-09.09.

Die Union liegt bei forsa 20 (-) und bei Kantar 19 (-) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Markus Söder	37 (-)
Olaf Scholz	17 (-)
Robert Habeck	17 (-)
keinen davon	29 (-)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit jeweils 20 (-) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und Robert Habeck.

66 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Söder, 9 % (-2) Scholz und 5 % (+1) Habeck.

Von den CSU-Anhängern würden sich 85 % (-1) für Söder, 4 % (+1) für Scholz und 1 % (-) für Habeck entscheiden.

62 % (-1) der SPD-Anhänger favorisieren Scholz, 15 % (-) Söder und 6 % (-3) Habeck.

Von den Grünen-Anhängern würden sich 60 % (-1) für Habeck, 14 % (+1) für Söder und 13 % (-) für Scholz entscheiden.

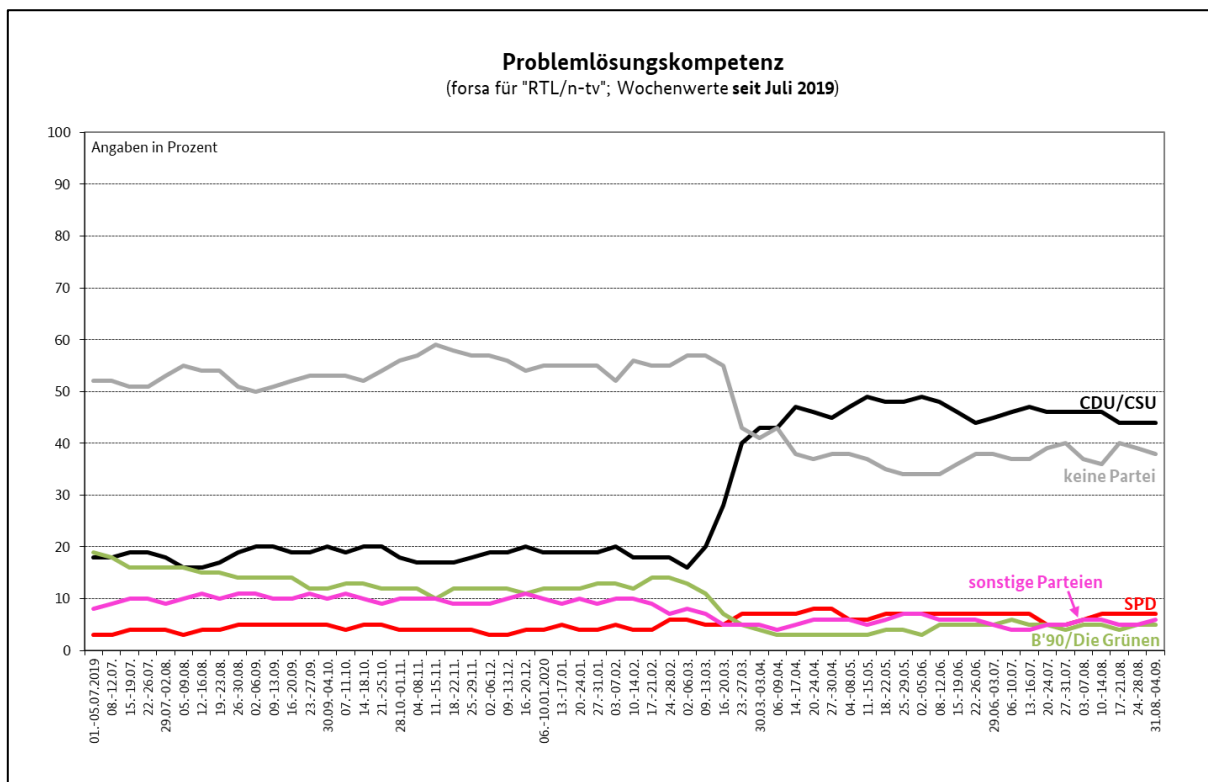
¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (13.09.2020)

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	44	(-)
SPD	7	(-)
Grüne	5	(-)
sonstige Parteien	6	(+1)
keine Partei	38	(-1)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 37 (-) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 6 (+1) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



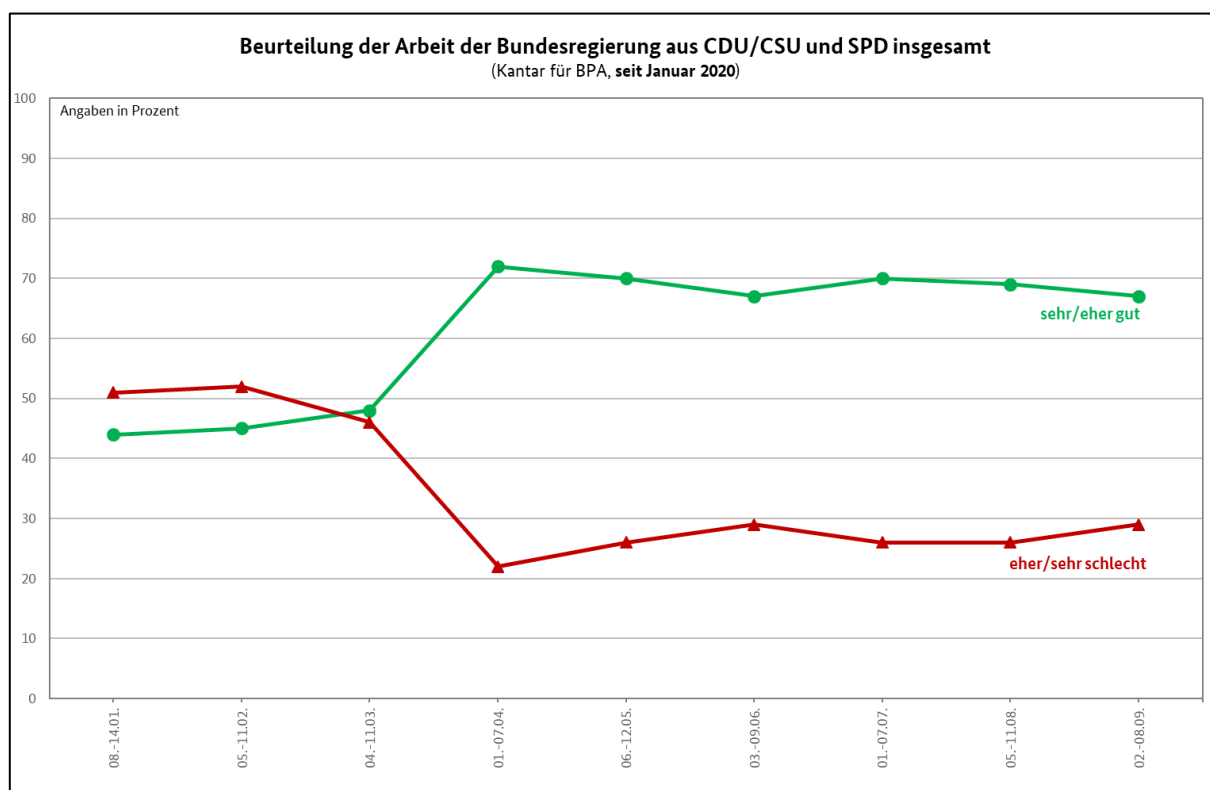
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im September 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zu August 2020

	Kantar für BPA
sehr gut	6 (-2)
eher gut	61 (-)
eher schlecht	23 (+5)
sehr schlecht	7 (-)
Erhebungszeitraum	02.-08.09.

Über 60-Jährige (77 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (75 %) sowie Anhänger der Union (94 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen 30- bis 59-Jährige (39 %) und Personen mit mittlerer formaler Bildung (38 %) sowie Anhänger der AfD (76 %), der Linkspartei (50 %) und der FDP (44 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im September 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	76 (+4)	23 (-3)	1 (-)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (+3)	32 (-1)	2 (-)	0 (-1)
Bedingungen der Pflege verbessern	66 (-1)	32 (+3)	2 (-)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	63 (+2)	32 (-1)	3 (-1)	1 (-1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	60 (+1)	36 (-)	4 (-)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	59 (+5)	33 (-6)	6 (+1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	56 (+8)	35 (-7)	8 (+1)	1 (-1)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-)	41 (+1)	5 (-)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	50 (-2)	41 (-)	6 (+2)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (-2)	46 (+2)	6 (-)	1 (-1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	44 (-1)	46 (+1)	8 (+1)	1 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	43 (+1)	40 (-1)	13 (-)	3 (-)
neue Technologien fördern	41 (+4)	46 (-2)	9 (-2)	3 (+1)
Energiewende zügig vorantreiben	39 (+2)	44 (+1)	12 (-2)	3 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (-1)	48 (+3)	9 (-)	4 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	38 (+2)	45 (-2)	14 (-1)	3 (+1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	35 (-)	50 (-)	12 (+1)	3 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	32 (-5)	47 (+2)	15 (+3)	5 (+2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	28 (-1)	52 (+1)	16 (+1)	3 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	27 (-)	49 (-3)	20 (+4)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	25 (-2)	60 (+4)	12 (-1)	2 (-)
Staatsschulden begrenzen	25 (-4)	49 (+1)	21 (+4)	3 (-)
Erhebungszeitraum	02.-08.09.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von 30- bis 39-Jährigen (83 %) und Anhängern der Linkspartei (90 %) überdurchschnittlich oft als sehr wichtig angesehen.

Die Aufgabe "Altersversorgung langfristig sichern" wird von 50- bis 59-Jährigen (74 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (70 % zu 61 %) und Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung häufiger als Personen mit hoher formaler Bildung (71 % zu 57 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im September 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im August 2020

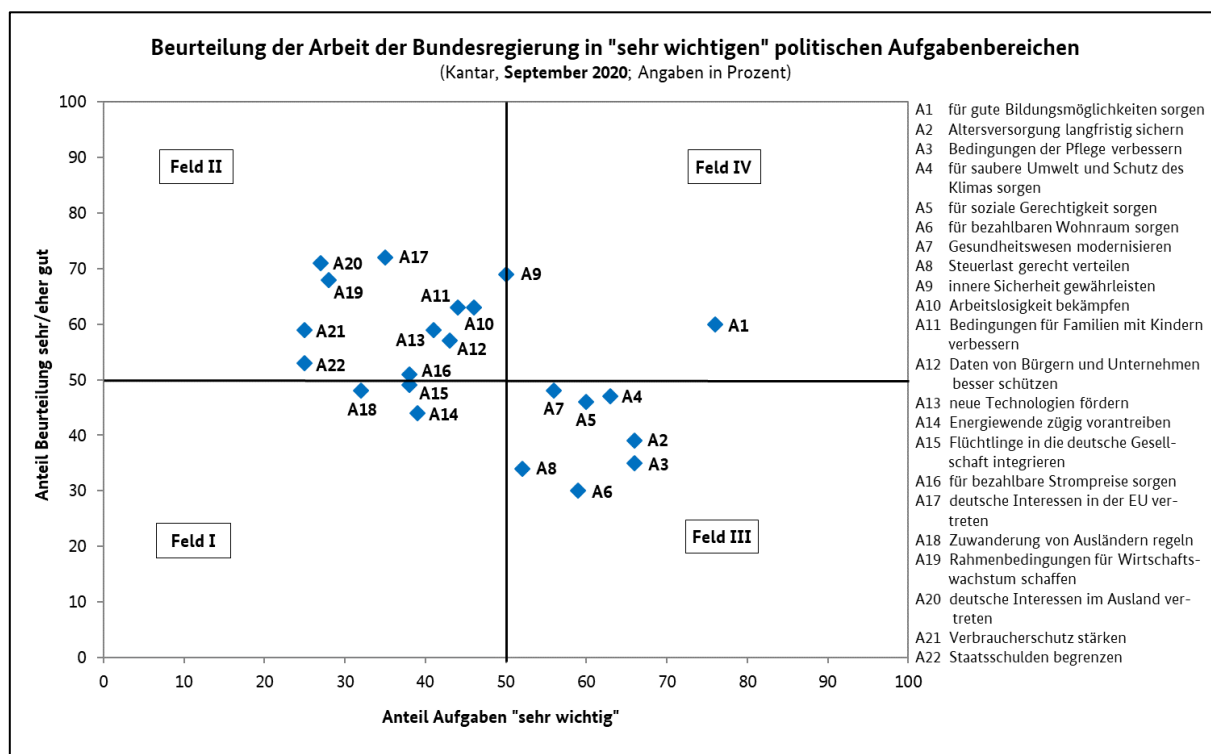
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	72 (+2)	22 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	71 (+2)	21 (-3)
innere Sicherheit gewährleisten	69 (+3)	29 (-2)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	68 (-1)	23 (+1)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	63 (+1)	32 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	63 (-)	33 (+2)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	60 (+4)	38 (-2)
Verbraucherschutz stärken	59 (+1)	33 (+1)
neue Technologien fördern	59 (+1)	34 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	57 (+1)	36 (-1)
Staatsschulden begrenzen	53 (+2)	39 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	51 (+5)	42 (-3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	49 (+9)	49 (-5)
Zuwanderung von Ausländern regeln	48 (+3)	48 (-2)
Gesundheitswesen modernisieren	48 (-3)	49 (+5)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	47 (+1)	51 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	46 (-)	51 (+2)
Energiewende zügig vorantreiben	44 (+2)	52 (-2)
Altersversorgung langfristig sichern	39 (-1)	57 (+3)
Bedingungen der Pflege verbessern	35 (+4)	62 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	34 (+2)	62 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	30 (-)	66 (+1)
Erhebungszeitraum	02.-08.09.	

In 12 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in sieben Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist im Politikfeld "Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren" der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, deutlich gestiegen (+9 Prozentpunkte).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im September 2020

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich "für bezahlbaren Wohnraum sorgen" (A6), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A8), im Aufgabenbereich "Bedingungen der Pflege verbessern" (A3), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A2), im Aufgabenbereich "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (A5), beim Umwelt- und Klimaschutz (A4) sowie im Aufgabenbereich "Gesundheitswesen modernisieren (A7).

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat ist hier lediglich der Aufgabenbereich "für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen" (A1) vertreten.

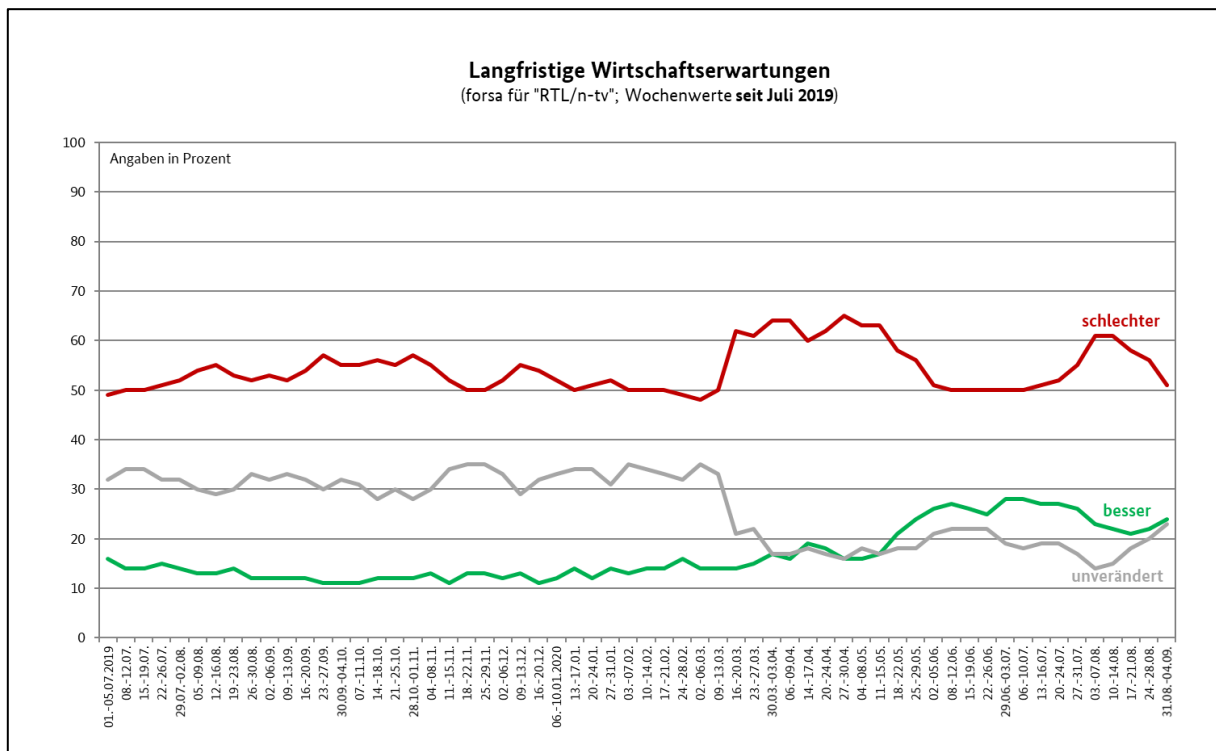
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	24	(+2)
schlechter	51	(-5)
unverändert	23	(+3)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche leicht verbessert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 27 (-7) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



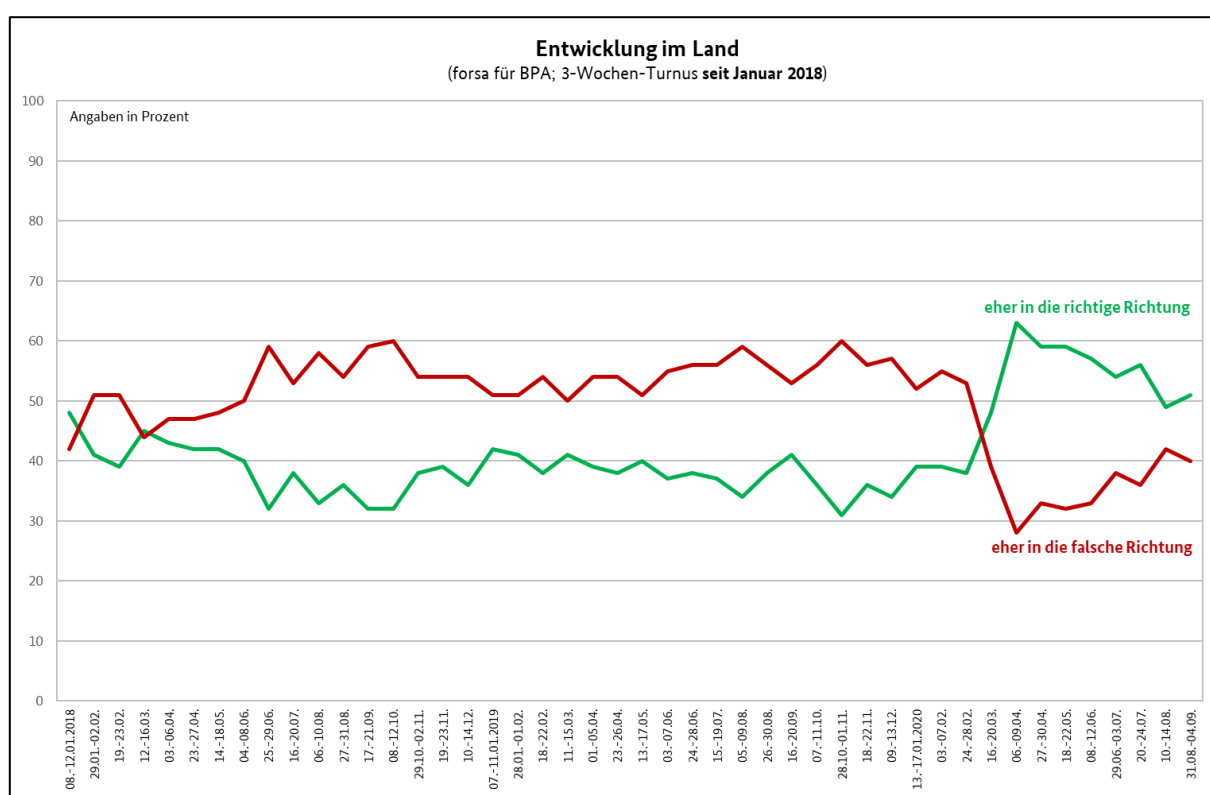
Entwicklung im Land

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

Die Dinge entwickeln sich ...	forsa für BPA
eher in die richtige Richtung	51 (+2)
eher in die falsche Richtung	40 (-2)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

Anhänger der SPD (67 %), der Union (65 %) und der Grünen (64 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass die Entwicklung im Land eher in die richtige Richtung geht. Westdeutsche meinen dies häufiger als Ostdeutsche (54 % zu 39 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (57 % zu 45 %).

Für 45- bis 59-Jährige (49 %) sowie Anhänger der AfD (75 %) und der Linkspartei (53 %) geht die Entwicklung hingegen überdurchschnittlich oft eher in die falsche Richtung.



Zufriedenheit in Lebens- und Problembereichen

forsa für BPA, Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

Wie zufrieden sind Sie mit der/dem ...?	(sehr) zufrieden	weniger bzw. gar nicht zufrieden
Lebensqualität	89 (+2)	10 (-2)
Lage am Arbeitsmarkt	61 (+6)	31 (-6)
Schutz vor Gewalt und Kriminalität	55 (+1)	43 (-2)
Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern	41 (+5)	54 (-5)
Finanzlage der öffentlichen Haushalte	40 (+2)	51 (-1)
Schul- und Bildungssystem	39 (-)	57 (-1)
Sicherung der Altersversorgung	38 (+2)	58 (-4)
Ausmaß sozialer Gerechtigkeit	38 (+3)	60 (-3)
Integration von Zuwanderern und Ausländern	37 (+4)	58 (-6)
Umwelt- und Klimaschutz	37 (-1)	62 (+1)
Versorgung von Pflegebedürftigen	31 (+4)	64 (-5)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.	

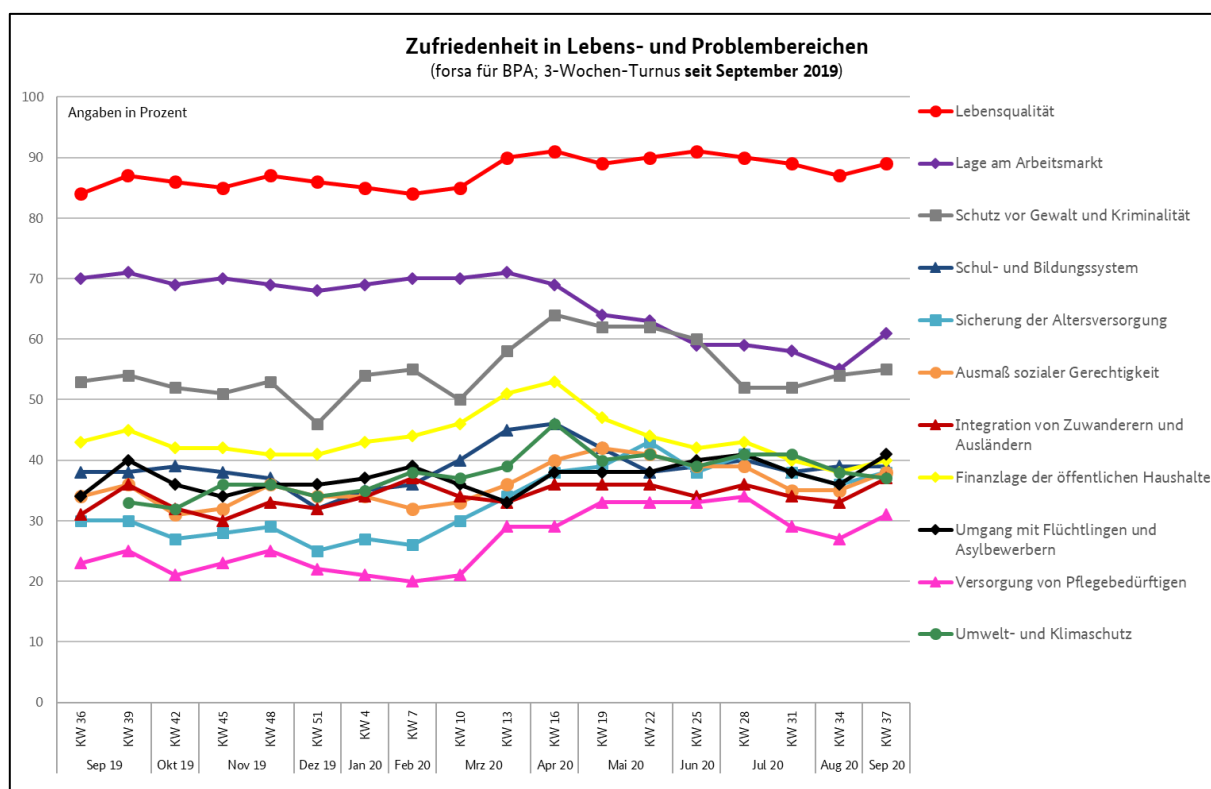
Jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger zeigt sich mit der Lebensqualität (89 %), der Lage am Arbeitsmarkt (61 %) und dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität (55 %) zufrieden oder sehr zufrieden. In acht von elf Bereichen ist mindestens die Hälfte der Bevölkerung hingegen weniger bzw. gar nicht zufrieden.

Die Zufriedenheit mit der Lage am Arbeitsmarkt ist im Vergleich zur letzten Erhebung gestiegen (+6 Prozentpunkte). 30- bis 44-Jährige (73 %) sind besonders oft (sehr) zufrieden. Personen mit hoher formaler Bildung sind häufiger (sehr) zufrieden als Personen mit einfacher formaler Bildung (68 % zu 43 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (69 % zu 42 %).

Anhänger der Grünen (71 %) und der Linkspartei (68 %) sind überdurchschnittlich oft (sehr) zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Unter 30-Jährige sind häufiger (sehr) zufrieden als über 60-Jährige (68 % zu 47 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (65 % zu 43 %). Ostdeutsche (52 %) und Anhänger der AfD (79 %) sind überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar nicht zufrieden mit dem Schutz vor Gewalt und Kriminalität.

Die Unzufriedenheit mit der Integration von Zuwanderern und Ausländern ist im Vergleich zur Vorerhebung gesunken (-6 Prozentpunkte). Überdurchschnittlich oft unzufrieden sind Ostdeutsche und 45- bis 59-Jährige (jew. 69 %) sowie Anhänger der AfD (91 %) und der Linkspartei (71 %).

Anhänger der Linkspartei (79 %) sind auch mit dem Umwelt- und Klimaschutz besonders oft unzufrieden, ebenso Anhänger der Grünen (81 %).

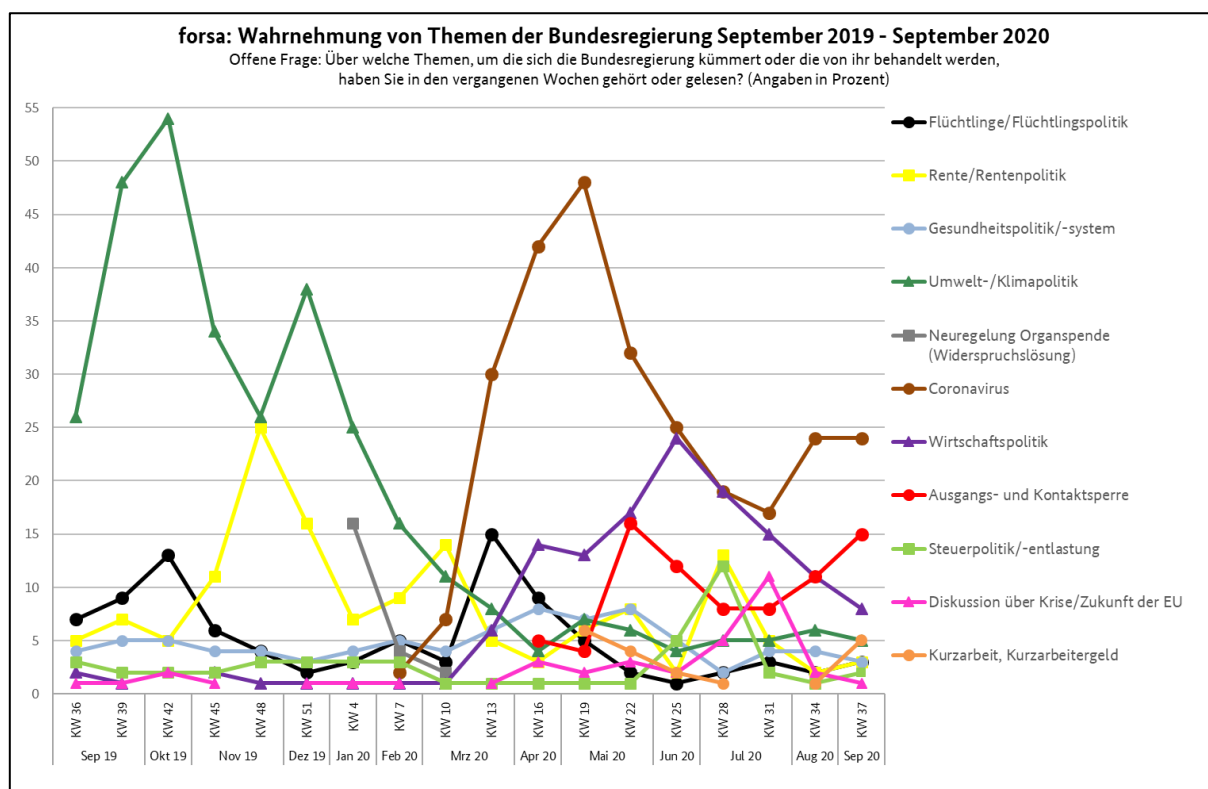


Wahrnehmung von Themen der Bundesregierung

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 34

	forsa für BPA
Coronavirus	24 (-)
Ausgangs- und Kontaktsperre	15 (+4)
Wirtschaftspolitik	8 (-3)
Umwelt-/Klimapolitik	5 (-1)
Kurzarbeit, Kurzarbeitergeld	5 (+4)
Erhebungszeitraum	31.08.-04.09.

Das Coronavirus ist weiterhin das Thema, das die Deutschen in den vergangenen Wochen von der Bundesregierung am ehesten wahrgenommen haben.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	54 (+1)
Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexei Nawalny	13 (+11)
USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt	11 (-4)
Wahl in Weißrussland/Belarus	10 (+5)
Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen	8 (-27)
Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland	6 (+3)
Erhebungszeitraum	07.-09.09.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Anhänger der Linkspartei (27 %) und der Union (19 %) nennen das Thema "Vergiftung des russischen Oppositionspolitikers Alexei Nawalny" überdurchschnittlich oft. Über 60-Jährige beschäftigen sich häufiger damit als unter 30-Jährige (19 % zu 8 %).

Anhänger der Grünen (17 %) erwähnen das Thema "Wahl in Weißrussland/Belarus" überdurchschnittlich oft.

